

Kuffel bemerkt Boguslawski, daß jeder Umstand, der sich in der Arme oder in Ausführung des Dienstes zeigt, von den Offizieren der zweijährigen Dienstzeit in die Höhe erhoben werden muß. Insbesondere bei den Offizieren, bei denen die Zahl des Dienstbetriebes hauptsächlich ist, sei es eine natürliche Erscheinung, daß sie über dem augenblicklichen Druck die früheren Erfahrungen des Dienstes vergessen. Boguslawski tritt, gestützt andererseits auf Briefe und Aussagen von Offizieren höherer und auch niedrigeren Grades, ein, sich für die zweijährige Dienstzeit ein, erwidert die angelegte Ueberlastung im Dienstbetriebe und behauptet, daß auch in der äußeren Haltung der Soldaten unter der Führung wie in der Ausbildung im Besonderen z. zwischen sonst und jetzt kein Unterschied vorhanden sei. Auch das bestirnte Einlenken des militärischen Dienstes ist nicht eingetreten. Die Einhaltung der zweijährigen Dienstzeit ist die Folge der Bestimmungen in der Armeesatzung. Auch haben die Befürchtungen, es würde noch Einbürgerung der zweijährigen Dienstzeit Unteroffiziermangel eintreten und das Unteroffizierskorps sich verkleinern, sich als ganz unbegründet erweisen.

Zusätzlich waren bei dem preussischen Heer am 15. November 1901 1000 Unteroffiziere über den Grad hinaus vorhanden, und zwar 100 bei der Infanterie, 200 bei der Feldartillerie und 800 bei der Kavallerie; nur bei der Fußartillerie war die etatsmäßige Zahl nicht ganz vollständig vorhanden. Außer den Diensttruppen von 1000 Offizieren, welche den Unteroffizieren nach 12jähriger Dienstzeit gewährt werden, ist eingerechnet worden im Heere ein Kapitulationskorps von 100 Offizieren, die die Kapitulation zum Dienst als Unteroffizier. Auch erhalten Mannschaften von 20 Mann, wenn sie sich freiwillig zu einem dritten Dienstjahre bei den Fußtruppen bereit erklären.

Für uns sind natürlich die rein militärischen Gründe des Herrn v. Boguslawski nicht allein entscheidend, obwohl sie für die Regierung maßgebend sein müßten. Wir sind mit der zweijährigen Dauer der Dienstzeit noch lange nicht zufrieden; die einjährige würde vollständig genügen, bis das stehende Heer in seiner heutigen Form überhaupt besteuert ist und dem Volkshere Haut macht, bis auch dieses zum überwindlichen Standpunkte gehören wird, weil die Wälder in der sozialistischen Gesellschaft Mühselig zu thun haben, als sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen.

Keine Deutschen.

In dem Berichte über den Brissler Kongress der Armeierfreunde schreibt das Blatt Eugen Richter, es hätten an dem Kongresse etwa 150 Personen teilgenommen, doch Deutsche waren nicht genannt. Wenige Jellen darauf teilt der derselbe Bericht mit, daß unter Parteigenossen Gd. Bernstein mit in das vom Kongress gewählte Komitee gewählt worden sei. Da bekannt ist, daß auch Gebel dem Kongresse beizumachen und außerdem Prof. Bahr-Göttingen und Prof. Wilhelm Förster unter den Kongreßteilnehmern sich befanden, scheint das Blatt Eugen Richter, dessen Parteifreunde in Brissel allerdings durch Abwesenheit glänzten, den Begriff des Deutsch-tums mehrfach ein zu lassen.

Tischendörfer im Phrasenrausch.

Der bekannte nationalsoziale Herr Tischendörfer, der Vorsitzende des Verbandes der Vitographen und Steinbildner hat in evangelischen Vereinshäusern zu Würzburg einen Vortrag über Gemeinheitskongresse und Bürgerrecht gehalten. Er hat dabei gar fadensüß erzählt, wie die Sozialdemokratie die Gleichheit mit dem Arbeiter überläufen, wenn er folgende Beschreibungen des modernen Tischendörfer liest:

Sozialismus. Du schickst die Schlinge der Gegenwart, geh in die Welt, laß ab von Deinem utopischen Jagen nach einer ungewissen Zukunft, mache Dich frei von allem sozialdemokratischen Jammern. Gehe zur Wirklichkeit über. Sozialdemokratie. Du siehst auf die Höhen und die Tiefen. Du wirst in die Welt verfallen. Die Gewerkschaften werden, wenn sie sich nicht frei von dem Jahre hindurch auf Euch lastenden Jammern, schüttelt ab die daförnehmende Gewalt der Sozialdemokratie. Verbet frei und der monarchische Gedanke wird wieder in Einklang halten. Ich bin christlich-sozial, ich lauge keine Utopie nach (?), ich halte fest an der Monarchie. Wer war ich auf dem Kongresse der Sozialdemokraten der einjüng in meiner Art. (Stimm) Wohl bezeichnete ich alle Teilnehmer des Kongresses als Genossen, aber das Wort „Genosse“ war nur in rein neutralen Gewerkschaftssinn aufzufassen.

Tischendörfer. Du bleibst ein Phrasenredner. Du Jammern der Monarchie, der viel zu klar denkst, um zu Deinem Schönerglauben wieder zurückzukehren. Tischendörfer. Du Jammern des Monarchismus: lerne verstehen, daß in den Arbeitern nichts fester begründet ist, als die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit des Monarchismus. Tischendörfer. Du freischützer Antisemit: gieße Deine Venden, gieße in die Wüste der evangelischen Jünglingsvereine und lasse die verhandigen Arbeiter ungeschoren.

Vielleicht nur Fieberphantasie.

Durch ein freigeschicktes Verfahren in Dresden gegen den Camitätsgefreiten E. W. Hempel von der 3. Komp. des Leibgarde-Regts. wird die Aufmerksamkeit auf die in den Militär-Lagarett herrschenden Verhältnisse gelenkt. Der Genannte war beurlaubt, den sehr schwer erkrankten Gardisten Wodling nachts rechts und links geschriege zu haben, weil er seine Bettdecke hatte herabfallen lassen. Wodling war so schwer krank, daß nach der Aussage des Stabsarztes an seinem Aufkommen zweifelhaft wurde. Leider konnte die Sache durch die freigeschickte Verhandlung nicht aufgeklärt werden. Der Angeklagte behauptet die Unschuld, und nach dem Urteil des ärztlichen Sachverständigen ist es möglich, daß der Kranke in der fraglichen Nacht Fieber hatte und sich in Fieberwahn auslebte, was nicht zu vermeiden war. Das Gericht gewann nicht die volle Ueberzeugung von der Schuld des Camitätsgefreiten und sprach ihn frei.

Warnung vor Deutsch-Südwestafrika.

Ein deutscher Ansehler in Windhof warnt vor der Auswanderung nach Deutsch-Südwestafrika und fordert sogar ein Verbot, nach dem nur derjenige Deutsch-Südwestafrika betreten dürfte, der den Nachweis einer sicheren Stellung in der Heimat hat oder aber ein Jahr aus eigener Tasche leben kann. Hierzu sind mindestens 2000 bis 2500 M. erforderlich und zwar, um unter den bestehenden Verhältnissen zu leben. Für Wohnung und Essen allein seien mindestens 800 bis 2000 M. erforderlich. Hier sind die Ausgaben für die ersten Monate in Betracht kommen. Der Genährsmann des Hamb. Korresp. deutet an, daß in Zukunft die Verhältnisse in Deutsch-Südwestafrika noch schlechter werden: Eisenbahn- und Weinbau abzurufen heute noch einen großen Teil der Ankommenden als einfache Arbeiter, wie aber wird es werden, wenn beide Unternehmungen festgelegt sind? Trotz des verhältnismäßig guten Lohnes ist es den meisten Arbeitern nicht möglich, Erfahrungen zu machen, dazu sind die Preise für Lebensmittel, Kleidung und sonstige Bedürfnisse hier noch zu hoch. „Zu Hause“ buldige man

leider immer noch der Ansicht, für Südwest seien die Deutschen noch sehr geeignete Faktoren, die dasheim nichts saugen. Was man hier nicht sehen kann, ist die große Zahl von Deutschen, die hier zu Hause noch müßige Glieder der menschlichen Gesellschaft bei strenger Kontrolle hätten werden können, sind hier, weil ganz auf sich angewiesen, in unbeschränkter Freiheit des Handelns, völlig zu Grunde gegangen.

Sehen aus dem Burenkrieg.

General Frhr. v. d. Wolz erwidert im soeben erschienenen Aufsatze der D. Neuze die Frage, was wir aus dem Burenkrieg lernen können. Auf rein militärischen Gebiete ergibt sich ihm die heilsame Lehre, daß die Zahl im Krieg nicht von so unbedingt entscheidender Bedeutung ist, wie man es gerade in neuerer Zeit vielfach behauptet hat. Namentlich die große Überlegenheit der Engländer an Artillerie erwies sich in allen größeren Kämpfen wenig wirksam. v. d. Wolz folgert hieraus und aus der Wirkung einzelner, gefickt aufgestellter Burengeschäfte, daß die Gefahr, die in enger Aufstellung liegt, erheblich gemindert ist, und daß die Vermehrung der Stückzahl anfängt, wirkungslos zu werden, wenn nicht zugleich der Raum wächst, in dem sie Verwendung finden kann. Der Kampf der Infanterie gegen Infanterie hat von neuem gezeigt, wie stark die Verteidigung gegenüber einem ausschließlich frontal Angriff ist, und wie viel ein unerschrockener Verteidiger in der Bewegung angelegender Stellungen mit geringen Kräften sich bewahren kann, wenn er seiner Fronten die Hilfe, Ferner ist in Frankreich auf das Wichtigste zu Tage getreten, daß unter dem Beschuss von oberem Feuer über offenes Gelände schußlos vorzugehen bei aller Vorarbeit ungeheuer schwer ist.

Der patriotische Freireisende. Der Barbierier K. in der Wagedeuzer Neustadt engagierte einen Gehilfen. Als dieser ein paar Stunden thätig gewesen war, hörte der andere Gehilfe von dem Neuengeleitern nur immer die Worte: „Alles rot, alles rot!“ Nach kurzer Zeit kehrte der rote Prinzipal von einem Geschäftszuge zurück, und der neue Gehilfe erklärte ihm sofort, er könne hier nicht arbeiten, denn hier liege ja die Volksstimme aus! Auf die ironische Frage des Herrn K., weshalb er wegen der Volksstimme nicht arbeiten könnte, antwortete er, daß sein Bruder ein höherer Magistratsbeamter sei. — Ja, dann freilich!

Folgen der Kriegspfeiler. Die beinahe ein Menschengeschehen gestolte hätte, führten den Feldwebel Berger und den Infanteristen Dodel auf die Anklagebank des Augsburger Kriegsgesichtes. Bei einer Feldübungsübung markierte ein Unteroffizier einen Zivilisten, der von dem Posten stehenden Soldaten verhaftet werden sollte, der hinzutommende Feldwebel erklärte, wenn der Arrestant sich weigerte mit zu gehen, müsse er erschossen werden. Da fragte ihn ein Soldat und der Unteroffizier sank schwer verletzt zu Boden. Der Feldwebel wurde freigesprochen. Der Soldat muß fünf Tage drücken.

Wirkung der Krise. In Wünnen sind im ersten Halbjahre 12545 Stirk Kinder und 15348 Schweine weniger geschlachtet worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Majoritätsbeileidigung. Unterredung eingeleitet nach vorausgegangener Konstitution der Nr. 78 der Augsburger Volkszeitung wurde nun gegen Hans Holzmann (Redakteur), Frau Emilie Holzmann (Druckerin) und Hans Gebhardt (Berleger) in Augsburg wegen je eines Vergehens der Beileidigung des Reichspräsidenten (§ 94), der Beileidigung des Reichspräsidenten von Bayern (§ 97) und eines Vergehens wider die öffentliche Ordnung (§ 131 R.-St.-G.-B.) in Frage steht der in zwölf Zeitungen erschienene Artikel: Majoritätsbeileidigungen einst und jetzt.

Ansand.

Deftisch. Zu einem Skandale ist es am Dienstag im Salzburger Landtage zwischen dem kiserlichen Landesbauplatzmann Winter und dem alldeutschen Abgeordneten Huber gekommen. Letzterer geriet über heftigen Vorwürfen die Geschäftsordnung, war sie Winter ins Gesicht und verließ dann den Saal. Die Sitzung nahm darauf ihren Fortgang.

Frankreich. Der Kulturkampf. Auch am Dienstag sind in Paris große Protestkundgebungen gegen die Schließung der geistlichen Schulen veranstaltet worden. Vor den Schulen und auf den Wohnhöfen, von welchen gemargelte Schulschwärmer abtreiben, hatten sich zahlreiche Personen eingefunden, die gegen die Regierungsmaßnahmen demonstrierten. An der Spitze der Demonstranten stand der vollständig unter kirchlichem Einflusse befindliche Schriftsteller Francois Coppee. Von radikaler und sozialistischer Seite waren Gegenemonstrationen organisiert worden. Die Polizei schritt gegen alle Demonstranten gleich rücksichtslos ein, es wurden über 800 Personen im Laufe des Tages verhaftet, darunter auch Coppee; von den Verhaftungen wurde aber eine aufrechterhalten.

Der erbiterte antiklerikale Fehlschlag der Regierung liegt aber auf einem Widerspruch, der bedeutungsvoller ist als alle die kirchlichen Kundgebungen. Die weltliche Schule ist nämlich, so schreibt der Barriere Korrespondent des Vorwärts, vielfach nicht im Stande, die bisherigen kirchlichen Schüler aufzunehmen, wie denn in der mangelhaften äußeren Entwicklung der weltlichen Volksschule zum Teil der Erfolg der Ordenschulen begründet ist. In Bezug auf die kirchlichen Verorganisationsanstalten hat ja die Regierung von vornherein das Vereinsgesetz „einstweilen“ schlummern lassen müssen, sollten nicht anders die verorganten Baiken und Alten auf Blauer geworfen werden. Man greift da mit Händen die innere Unwahrheit des bis herigen kirchlichen Antiklerikalismus an. Seine kirchlichen Anhänger werden wohl nicht durch den durchgeführten Maßnahmen, die erst dem kirchlichen Stand den realen Boden unter den Füßen zu entziehen vermöchten. Ohne hinreichende Vermehrung der Volksschulen, die den obligatorischen Unterricht für die gesamte Jugend in der Weltliche aus möglichst macht, ohne Umgestaltung des korrupten öffentlichen Wohlfahrtswezens, ohne eine Baiken- und Altersversorgung, ohne Altersversicherung — ohne das und noch manches andere muß der antiklerikale Krieg notwendig scheitern, ist er je nachdem pflücker Betrug oder naiver Selbstbetrug. Diese Erkenntnis bekräftigt sich aber so ziemlich auf den sozialistischen Teil des Regierungslagers, während das bürgerliche Gros derselben sich gedankenlos im Kämm der medonisch-repressiven antiklerikalen Aktion befindet. Die die Wasserfreier ist für diese Elemente nach wie vor der Gipfel aller Weisheiten.

Belgien. Prinz und Konium-Berein. Der Prinz Albert, der kürzlich in f. St. König der Belgier zu werden richtete an die Verwaltung des „Booruit“ in Gent die Bitte, ihm eine Beileidigung dieses größten und mühselhaftesten genossenschaftlichen Betriebes von Belgien zu gestatten, da er schon häufig von dieser kooperativen Genossenschaft gehört habe, und da er von dem Punkte befehle sei, sein ganzes Volk nicht bloß vom Hören sagen sondern durch persönliche Erfahrung kennen zu lernen. Die Direktion des „Booruit“ gab dem Prinzen Albert folgende charakteristische Antwort:

„In dem Prinzen Albert zu Brüssel.
Mein Herr Albert und herrliche (mad) Elisabeth!
Antwortlich Ihres geehrten Briefes haben wir die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß unsere Einrichtungen jedermann zugänglich sind. Wir würden uns sehr freuen, Ihnen zeigen zu können, was das Volk leisten kann und Sie davon zu überzeugen, daß die wichtigsten Teile der Industrie in uns zu finden sind, die Lust haben zu machen. Da unsere Magazine am Sonntag 12^{1/2} Uhr schließen, so würden Sie uns sehr verpflichtet, wenn Sie sich vor dieser Zeit einstellen wollten, damit unser Personal seiner Sonntagsruhe nicht verlustig zu gehen braucht. Unser vornehmster Wunsch ist, Sie heute bei sich in dankenswerter Weise bereit zu sein, Ihnen als Führer dienen und Ihnen alle Auskunft zu geben, die Sie wünschen.
Empfangen Sie, teure (ehers) Albert und Elisabeth, unsere brüderlichen Grüße.
Die Direktion des „Booruit“.
Für richtigste Abfahrt:
J. Dagobert.“

Unser deutschen Quantitäten würden ob solch eines Schreibens die Krämpfe bekommen.

Türkei. Schritte in der armenischen Frage. England, Rußland und Frankreich sandten je einen Konjul nach Nuch und dessen Hinterland, um authentische Berichte über die Lage in Armenien zu erhalten.

Amerika. Auf Haiti sind die Dinge sehr ernst. Die Kämpfe zwischen den verschiedenen Parteien nehmen einen solchen Charakter an, daß die Regierung den auswärtigen Konjul mitgeteilt hat, daß sie für die Sicherheit der Ausländer nicht mehr aufkommen kann. Auf San Domingo soll ein Angriff zu Woller und zu Lande bevorstehen.

Afrika. Von Zululajern überfallen wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein Burenkommando während der Friedensverhandlungen zu Vereeniging, nachdem der Waffenstillstand bereits geschlossen war. 56 Buren wurden niedergemetzelt und die Frauen vergenaligt.

— Um Einstellung in die südafrikanische Konstablertruppe soll nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums Brodrick im Unterhaufe, eine Anzahl Buren nachgeholt haben. Etwa 300 Mann seien bereits eingeeilt worden. Die Hälfte davon etwa 150 aus den früheren National Scouts gehört, die andere Hälfte bestche aus Buren, die sich zuletzt ergeben hätten und für welche die Burengenerale einländen.

Parteinachrichten.

— Merkwürdiges Vorgehen polnischer Sozialdemokraten. Die Anhänger der polnisch-sozialistischen Partei in Oberschlesien haben am 13. Juli im polnischen Gewerkschafts-Kongress eine Parteikonferenz abgehalten, auf der u. a. die Frage der Kandidaten für Oberbesitzung erörtert wurde. Man hat 8 (von 12) Wahlkreisen mit Kandidaten besetzt. — Von dieser Konferenz war den deutschen Genossen nichts mitgeteilt worden. Die deutschen Genossen hatten dem Vorstand der polnisch-sozialistischen Partei mitgeteilt, daß sie bereit seien, mit ihm über die Kandidatenfrage zu verhandeln. In einem Berichtungs schreiben an den Vorwärts, das der Vorgesetzte der polnischen Sozialisten (sach frischer hatte, erklärt der polnisch-sozialistische Parteivorstand, daß Genosse Dr. Winter-Beuthen zu der Konferenz eingeladen aber nicht erschienen sei. Auch habe der polnische Parteivorstand sich an der Aufstellung der Kandidaten nicht beteiligt. Hierauf antwortet der Vorwärts: Es ist ziemlich nebensächlich, ob die polnisch-sozialistischen Kandidaten vom Vorstände dieser Partei oder von ihren Anhängern in Oberschlesien aufgestellt werden; für die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist es nur wichtig, nur solche Kandidaten in Frage, und nur solche können auch deren Unterstützung rechnen, die von den ordentlichen Organisationen derselben in dem betreffenden Wahlkreise aufgestellt werden. Selbstverständlich ist die polnische Nationalität eines Parteigenossen kein Hindernis für seine Brotkammerung als Reichstagskandidat, wenn er das Bestreben hat, die Interessen der Arbeiter mit polnisch redender Bevölkerung sehr nützlich!

— Totenliste der Partei. In Mainz ist Gen. Minister Karl Vöcher nach langwieriger schwerer Veiden am Mittwoch gestorben. Er war der Sohn des alten Parteivorstehers Kocher, der der polnischen Volksbewegung im Jahre 1848 ein solches Opfer brachte des vorigen Jahrhunderts für die Sozialdemokratie thätig war. Karl Vöcher war ebenfalls ein sehr eifriger Parteigenosse, der besonders in Frankfurt a. M. unter dem Sozialistengehe die Kampf mit der polizeilichen Verfolgung aufnahm. Er hinterläßt eine Frau mit 2 Kindern in großer Not. Ihre letzten Andenken!

Gewerkschaftliches.

Zur Wiederaufnahme des Leipziger Gewerkschaftskartells. In die Mitte der Kartelle wurde die Generalkommission der Leipziger Volksgewerkschaften ernannt. In der Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde der Kartellvorstand, Genosse Diekmann, entschieden Vernehmung dagegen einlegen zu sollen, daß der: Eine lex Leipzig betriebe Artikel der Leipziger Volksgewerkschaft vom 14. Juni 1902 die Meinung der Gesamtarbeiterschaft Leipzigs darstelle. Die Leipziger Volksgewerkschaft hat die Meinungserklärung eines weiteren Kartells wieder, weil sie es der Initiative des Kartells selbst überlassen wollte, diese so autoritativ ausgesprochene Meinung ihres Vorsitzenden selbst zuerst zur Sprache zu bringen, wenn dazu Bedürfnis vorhanden wäre. Nunmehr wird der Rücktritt des Kartellvorstandes in dem Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, wie auch in der Frankfurter Zeitung in einer Weise wiedergegeben, die die Absicht erkennen läßt, das Leipziger Gewerkschaftskartell und weiterhin die „Gesamtarbeiterschaft Leipzigs“ in einen ausgesprochenen Gegensatz zur Leipziger Volksgewerkschaft zu setzen.

Wir nehmen daher Veranlassung zu konstatieren, daß diese Forderung Diekmanns in vorgeratener Stunde und unter Umständen gefallen ist, die es für die Mitglieder des Kartells unmöglich machen, darauf näher einzugehen, also bis jetzt nur seine ganz persönliche Auffassung darstellt. Wir verlegen es uns an dieser Stelle ausdrücklich, auf den Artikel als solchen näher einzugehen, um so mehr, als der gegen ihn erhobene Vorwurf dazu gar keine Veranlassung bietet. Wir halten es für eben unmöglich, in einer derartigen internen Streitfrage die Meinung der „Gesamtarbeiterschaft Leipzigs“ zu treffen, als wir es für möglich halten, nachträglich darüber zu reden, aber ein solcher Artikel die doch immerhin immer feststehende Meinung der Gesamtarbeiterschaft Leipzigs darstellt oder nicht. Der Korrespondent, das Organ des Bundesverbandes, bemerkt in seiner letzten Nummer zu der Wiederaufnahme des Leipziger Kartells und zu den diesbezüglichen Ausführungen im Korrespondenzblatt der Generalkommission: „Wir werden die Leipziger Arbeiter zu besonders heftigen Vorwürfen nach Erledigung der dringlichsten Angelegenheiten eingehend Stellung nehmen, da unseres Erachtens die vorhandenen Differenzen, welche vor beinahe drei Jahren zur Streikung des Leipziger Kartells geführt, nicht durch den einfachen Beschluß des Leipziger Kartells vom 7. Juli dieses Jahres behoben sind. Ueber die Gründe, welche seiner Zeit die Veranlassung zu diesem bedeutungsvollen Schritte gaben, sollte unseres Erachtens die Generalkommission doch am allerwenigsten im Zweifel sein.“

Die Arbeiter in Braunschweig haben beschlossen, überall, wo ein Streikverbot noch nicht aufgehoben ist, die Arbeit wieder aufzunehmen, wo der Lohn aber herabgesetzt wird, die Arbeit einzustellen.

